

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 84 (1990)
Heft: 3

Artikel: Brief aus dem Nationalrat : Vertrauenskrise kriselt zur Staatskrise
Autor: Braunschweig, Hansjörg
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-143531>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Vertrauenskrise kriselt zur Staatskrise

Stete Schwächung höhlt das Parlament

In der ausserordentlichen Sessionswoche beriet der Nationalrat über seine eigene Reform, schränkte in masochistischer Weise seine Rechte weiterhin ein, schwächte sich insgesamt, vorwiegend aber Minderheiten und Einzelgänger, die die bestehenden Machtverhältnisse nicht als sakrosankt betrachten. Der Schein des Milizparlaments bleibt gewahrt, das zeitgemässe Berufsparlament auf die lange Bank verwiesen. Sonderfall Schweiz bleibt Sonderfall und wird immer sonderlicher!

Ziemlich überraschend beantragte der letztjährige CVP-Ratspräsident Josef Iten erfolgreich die Abschaffung der parlamentarischen Zusatzfragen in der Fragestunde, jeweils in der zweiten und dritten Sessionswoche am Montag um 14.30 Uhr. Diese Einrichtung aus dem britischen Parlament gibt den Fragern und Fragerinnen sowie dem Bundesrat die Möglichkeit, innert vier Tagen ein aktuelles Problem aufzugreifen, öffentlich zu machen und mit einer Zusatzfrage zu vertiefen. Wenn ich telefonisch oder brieflich frage, wie mir empfohlen wird, so kann ich in der Regel die Antwort nicht politisch auswerten. Ob der Rat diese erneute tropfenweise Schwächung des Parlaments in einer zweiten Lesung korrigiert? Käumlich.

Leserinnen und Leser erinnern sich: In der Wintersession haben 50 (oppositionelle) Parlamentarier und Parlamentarierinnen nach ihren Eintragungen bei der Politischen Polizei gefragt und von Bundespräsident Koller keine Antwort erhalten (wenige Tage später privat und schriftlich unter Druck der zunehmenden Vertrauenskrise dann doch!). Zwei Monate später haben wir nun auch noch die CVP-Retour- und Rachekutsche für unsere Unbotmässigkeit bekommen. Wenn die Spontaneität ihr Haupt erhebt, wird es abgeschlagen.

Hat Bundesrat Villiger gelogen?

Hat Bundesrat Villiger gelogen, als er uns monatelang immer wieder versicherte: keine Register im EMD, auch nicht bei der UNA (Unterabteilung Nachrichtendienst)? Ich glaube eher nicht. Wahrscheinlich ist es für unser Land viel schlimmer: Der Bundesrat hat seine Generäle und Beamten nach wie vor nicht unter Kontrolle. Er ist naiv, weil er der Armee grundsätzlich unkritisch gegenübersteht, weil er Probleme der Gegenwart und zukünftige Entwicklungen verdrängt. Sein militärischer Glaube macht ihn betriebsblind.

Zur Begründung drei Beispiele aus meinen eigenen Registereinträgen:

– 1970 organisierte der Schweizerische Friedensrat (SFR) anlässlich seiner Jahresversammlung in Fribourg ein Podiumsgespräch zur Schaffung eines Friedensforschungsinstituts. Leider sagte der damalige Präsident der Schweizerischen Offiziersgesellschaft als Teilnehmer aus unerfindlichen Gründen ab. Unerfindlich? Zwanzig Jahre später bin ich fündig geworden: Wenn ich die Eintragung vom 10. April 1970 richtig verstanden habe, hat ein Rapport der UNA vom 7. April 1970 (unter Oberstbrigadier Weidenmann) diesen Dialog unmöglich gemacht. Ich muss mit grosser Wahrscheinlichkeit daraus schliessen: Ein schweizerisches Friedensforschungsinstitut blieb nicht einfach ungeboren; in meinen Fichen wurde es als Postulat immer wieder erwähnt; UNA und Politische Polizei brachten den gefährlichen Rivalen ihres eigenen Sicherheitsdenkens um.

– Am 21. Februar 1973 übergab die UNA der Politischen Polizei eine SFR-Mitglieder-Liste,

– und am 4. März 1975 berichtete die UNA über die Studenten-Informationswoche an der Universität Zürich. Wie schön und phrasenhaft können doch die Verantwortlichen bei feierlichen Gelegenheiten über

akademische Freiheiten in der Schweiz da-herreden! In einer Kantonsratsdebatte sprach ich damals in den siebziger Jahren vom universitär-militärischen Komplex, und ein freisinniger Gegner machte sich über Formulierung und Verflechtung lustig. Es war Dr. Rudolf Friedrich, später Bundesrat und heute Verteidiger der Registereinträge!

Wahrlich, Bundesrat Villiger hätte es schon lange Zeit wissen müssen. Er hätte mich jederzeit fragen können, und ich hätte jederzeit und offenherzig Auskunft gegeben.

Für eine Volksinitiative, «Schweiz Ohne Schnüffelpolizei» (SOS)

Mit grosser Wahrscheinlichkeit hilft nur eine SOS-Volksinitiative «Schweiz Ohne Schnüffelpolizei» gegen politische Naivität und Vertrauenskrise. Zur Zeit prüfen SPS (siehe Kasten) und Komitee gegen den Schnüffelstaat diese und ähnliche Möglichkeiten. Dabei geht es nicht um die Abschaffung der Polizei, die sich mit der Ermittlung und Verfolgung strafbarer Handlungen beschäftigt. Im Visier haben wir die Überwachung der Gesinnung und die Registrierung von Ideen. Diese Methoden lehnen wir aus Gründen der Demo-

kratie und der Freiheit grundsätzlich ab, auch wenn sie gesetzlich geregelt sind. Die Befürworter des Staatsschutzes fragen uns in gewohnter Weise nach Alternativen. Ich werde nicht müde, als Antwort die Forderung nach einer langfristigen und rechtzeitigen Konfliktlösung zu erheben. Ein gerechter Staat, in dem auch die neuen und alten Armen, die Flüchtlinge und andere Minderheiten nicht ausgegrenzt werden, braucht weniger Staatsschutz als eine Schweiz der Intoleranz und des einseitig verteilten Reichtums.

Der heitere Schlusspunkt

Müsste man in der Schweiz nicht einen neuen Preis jährlich (oder sogar mehrmals) verleihen: den Preis der Naivität! Bundesrat Villiger als erster Anwärter für 1990? Das ist gar nicht so sicher. Ich denke ebensosehr an das Schweizerische Rote Kreuz, das angeblich seine Archive über Flüchtlingskinder bei der Bundesanwaltschaft einlagerte und heute Empörung spielt, weil daraus eine Kartei zukünftiger Spione geworden ist. Ein Vorschlag zur Güte: Der neue Preis der Naivität für alt Bundesrat Villiger in seiner neuen Eigenschaft als Ehrenpräsident des Schweizerischen Roten Kreuzes!

Hansjörg Braunschweig

Antrag der SP Dübendorf an den Parteitag der SPS vom 28. April 1990

SOS – Volksinitiative: Schweiz Ohne Schnüffelpolizei

Falls bis zum 28. April 1990 die Abschaffung der Politischen Polizei nicht Tatsache ist oder nicht unmittelbar vor der Verwirklichung steht, beschliesst der SPS-Parteitag die sofortige Vorbereitung und Lancierung der SOS-Volksinitiative «Schweiz Ohne Schnüffelpolizei» zusammen mit mitbetroffenen Organisationen, Gruppen und Persönlichkeiten, insbesondere zusammen mit dem Schweizerischen Gewerkschaftsbund, notfalls allein. Denkbar ist folgender Verfassungstext:

Art. 65, Ziffer 3:

Die politische Polizei ist abgeschafft.

Die polizeilichen Aufgaben bei der Ermittlung und Verfolgung strafbarer Handlungen bleiben vorbehalten.

Die Unterschriftensammlung beginnt noch in diesem Jahr, um auf die Wut der Bevölkerung rechtzei-

tig zu reagieren und um die 100000 Unterschriften im Jubiläumsjahr 1991 als Volksinitiative der Freiheit – und als bleibendes Geburtstagsgeschenk der Registrierten und Mitbetroffenen – einzureichen.

Begründung:

Die Politische Polizei ist seit Jahrzehnten als unwürdige und undemokratische Schnüffelpolizei tätig. Bundesanwaltschaft und Bundesrat liessen sie gewähren. Auf Grund der bisher bekannten Eintragungen auf den Fichen muss leider bestätigt werden: Der Politischen Polizei geht es nicht um den Staatsschutz, sondern um den Schutz bestehender Machtverhältnisse. Nur so ist es erklärbar, dass sich das Überwachen und Schnüffeln hauptsächlich gegen Linke, GewerkschafterInnen, gegen Grüne und AKW-GegnerInnen, gegen AusländerInnen, besonders Flüchtlinge, gegen Frauen und junge Menschen, gegen Kultur- und Medienschaffende, gegen Nichtangepasste und Aussenseiter, gegen Liberale und Eigenständige richtet, nicht aber gegen die Grossen und Mächtigen in dieser Gesellschaft gemäss dem bedenklichen Rechtssatz: «Die Kleinen hängt man, und die Grossen lässt man laufen». So haben wir uns Demokratie, Gerechtigkeit und Freiheit nie vorgestellt.